

Niedergang unseres Verkehrswesens.

Die Ursache des Lokomotivmangels.

Amliches Material der preussischen Eisenbahnverwaltung gestattet einen Blick hinter die Kulissen und zeigt uns den erschreckenden Niedergang unseres Verkehrswesens. Ganz besonders traurig ist es um die Lokomotiven bestellt. Die Privatindustrie vermag nicht entfernt die ihr erteilten Neubauten anzuküpfeln, da sie durch die händigen Streiks daran gehindert wird. Noch schlimmer aber steht es mit der Reparatur beschädigter Lokomotiven. So ersetzte eine mittlere Lokomotiv-Ausbesserungsanstalt im Jahre 1916 bei einer durchschnittlichen Arbeiterzahl von 417 Köpfen einen Gesamtumfang von 484 Lokomotiven. In den folgenden Jahren blieb Arbeiterzahl und Leistung ungefähr gleich. Nach dem Waffenstillstand wurde die Arbeiterzahl auf 1187 erhöht, die Leistung jedoch sank trotzdem auf 411 Stück. In der Zeit nach dem 1. April 1919 stieg die Arbeiterzahl weiter auf 1253, der Lokomotivausgang dagegen fiel auf 353. Ähnlich liegen die Verhältnisse in fast allen Eisenbahnwerkstätten. Viele Zahlen beweisen unüberleglich, daß die Hauptursache für den starken auf-tretenden Niedergang der Leistungen in der Arbeitsunlust liegt. Begünstigt wird diese geringe Arbeitslust durch

das zurzeit geltende Lohnsystem,

das dem Lohn mehr den Charakter von Unwesenheits-geldern, die lediglich nach dem Alter abgestuft sind, gibt. Ein Wandel wird hierin erst geschaffen werden, wenn der Lohn wieder in ein Verhältnis zu der geleisteten Arbeit gebracht wird und eine Abkantung des Einkommens nach Fleiß und Geschicklichkeit des einzelnen Arbeiters ermö-glicht. Davon, ob dies Ziel erreicht wird, und zwar schnell erreicht wird, wird es abhängen, ob die Eisenbahnverwal-tung im kommenden Herbst einigermaßen imstande sein wird, die Bedürfnisse des Verkehrs zu befriedigen. Schon jetzt ist die

Lage außerordentlich schwierig.

Im Personenverkehr hat der Mangel an Kohlen, der bei der Eisenbahnverwaltung in gleichem Maße herrscht, wie bei allen anderen Verbrauchern, zu großen Einschränkungen geführt. Im Durchschnitt verfügt die Eisenbahn nur über die für acht bis neun Tage erforderliche Dienstkohle. Sie hat infolgedessen schon jetzt den Personenverkehr wesentlich einschränken müssen. Wenn die Verhältnisse sich nicht grundtätig ändern, besteht die Gefahr weiterer starker Einschränkungen, denn in erster Linie muß für den Güter-verkehr gesorgt werden, und hier sind die

Aussichten für Herbst und Winter sehr trübe.

Um die Verkehrsnot voll zu würdigen, muß bedacht werden, daß wir augenblicklich in einer verkehrschwachen Zeit leben und daß der Beginn der Erntetransporte, der erst leise eingeleitet hat, ungeheure Anforderungen an die Eisenbahnverwaltung stellen wird. Ein Bild der Mehr-leistungen, die sich daraus für die Eisenbahnen ergeben, bekommt man, wenn man hört, daß im vorigen Herbst im Oktober und November für Kartoffeln täglich 6000 bis 7000 Wagen, für Brotgetreide 2000 bis 2500, für Gemüse und Obst 2500 bis 3500, für Rüben 6000 bis 8000 Wagen gestellt worden sind. Daneben muß die Abfuhr der Kohle in mindestens demselben Maße wie jetzt erfolgen. Auch hier also besteht die Gefahr, daß zur Aufrechterhaltung dieser lebenswichtigsten Transporte starke Einschränkungen anderer Gütertransporte notwendig sein werden.

Die Lebensmittelunruhen in Breslau.

Die Ruhe wiederhergestellt.

Wie jetzt von verschiedenen Seiten festgestellt wird, hatten die Preise für Gemüse und Obst in Breslau un-erhörte Höhen erreicht. Vergebens mahnten der Magistrat und die städtische Verteilungsstelle zur Mäßigung und wiesen sowohl den Groß- und Kleinhandel, wie die Er-zeuger auf die drohende Gefahr von gewalttätiger Ent-ladung der Erwitterung des Publikums hin. Alles half nichts. Es sammelten sich deshalb Mengen von Unwilligen auf dem Frühmarkt, beschlagnahmten die Vorräte, ohne daß die Polizei eingriff, und verkauften die Waren zu an-gemessenen Preisen.

Das war Freitag. Am folgenden Tage wieder-holten sich die Vorgänge, auch nahm man den auf dem Markt erschienenen Verkäufern verdeckt und anscheinend für den Schleichverkauf bereitgehaltenen Speck-seiten, Eier, Butterpakete und Weibrote ab. Dadurch wurde die Erregung gesteigert und unsaubere Elemente rissen allmählich die Führung an sich. Sie begannen zu plündern und in Ladengeschäfte einzubrechen. Ein Zigarren-geschäft in der Gartenstraße wurde vollständig ausgeräumt. Einige der Plünderer konnten verhaftet und ihnen ein Teil der geraubten Waren abgenommen werden. Der Sonntag verlief noch verhältnismäßig ruhig. Am Montag machte sich der Kanthagel die Sache wieder zumute und versuchte verschiedene Geschäfte zu plündern. Darauf zogen Regierungstruppen ein, die das Rathaus und ver-schiedene andere Gebäude sowie den Markt besetzten. Der Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde nicht Folge ge-leistet, worauf die Truppen wiederholt Schreckschüsse in die Luft abgaben. Verletzungen wurden nicht gemeldet.

Am Dienstag war der Markt sehr schwach besucht. Einige Geschäfte sind schon wieder geöffnet. Patrouillen durchziehen die Stadt; sonst ist alles rubia.

„Enteignung“ des Baseler Bahnhofes.

Frankreich schenkt der Schweiz deutsches Eigentum.

Eine überraschende Wendung scheint die Frage der Wiederinbetriebnahme des badischen Bahnhofes in Basel zu nehmen. Von gutunterrichteter Seite wird nämlich mitgeteilt, daß Frankreich sich an die badischen Bahnhof in Basel als einen Teil der deutschen Kriegs-entschädigung zu übernehmen und das Objekt der Schweiz zu übergeben gegen Abtretung von Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Schweiz. Ob hierin der Grund für die immer wieder durch die Regierung in Bern hingezogene Zubernehmung zu suchen ist, bleibt abzuwarten.

Aus In- und Ausland.

Kopenhagen. Man rechnet in diesem Jahre mit einer Kartoffelernte von nicht weniger als 12 bis 13 Millionen Tonnen, von denen etwa fünf Millionen für den Export zur Verfügung stehen werden.

Paris. Clemenceau beantragte im Rat der Alliierten ein neues kurzes Ultimatum an Deutschland, das die restlose Annahme des Entente-Ultimatums in der Anschlussfrage verlangt.

Der verschollene Soldat.

„Und wüßte ich, daß er gestorben
Auf offenem Feld durch Feindeshand,
Und wüßte ich, wo er verdorben
In Siechtum in dem fremden Land,
So würde ich ein Grabmal graben
In meines Herzens tiefstem Schrein,
Für meinen stolzen schönen Knaben
Ein Bettlein fein!“

Die Mutter spricht's, die Lippen beben,
Der Vater stöhnt aus grimmer Not —
Sie wissen nichts von seinem Leben,
Sie hörten nichts von seinem Tod.

Verschollen! Stets vergebens jammern
Nach einem Wort sie zum Beweis,
Verschollen! Durch die Jahre klammern
Sie sich an schwacher Hoffnung Reis —
Auch für den Letzten schlug die Stunde
Der Heimkehr, doch im großen Schwarm
Ist seines Namens nicht die Kunde,
Daß Gott erbarm!

Als wie vom Wind dahingetragen
Verweht seiner Sage Spur,
Und ewig muß die Mutter fragen:
Wo blieb er nur? Wo blieb er nur?

Heinrich Goeres.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Vereinigung des Reichsernährungsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium. Im Reichs-anzeiger wird jetzt ein Erlass veröffentlicht, durch den das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsernährungs-ministerium mit dem 15. September zu einem Ministerium unter der Bezeichnung „Reichswirtschaftsministerium“ vereinigt werden. Auf dieses gehen die Befugnisse des Reichsernährungsministeriums mit dem 15. September 1919 über. Der Vorstand und der Beirat des Reichs-ernährungsministeriums werden dem Reichswirtschafts-ministerium für die Fragen der Volksernährung an-gegliedert.

* Bis jetzt 14 000 Gefangene zurückgeführt. In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutz sieben englische Sonderzüge mit rund 7000, und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegs-gefangenen an, ferner aus England mit Dampfer über Rotterdam 4000, über Koblenz—Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14 000 Gefangene.

* Die neue militärische Gruppierung. Für die Grupp-pflicht der Heeres- u. s. w. Angehörigen besteht kein Unter-schied zwischen Vorgesetzten (Unteroffizieren) mit den bis-herigen Grababzeichen (Achselklappen und blauen Armei-streifen) und solchen mit den neuen Abzeichen. Die Grupp-pflicht besteht zwischen Angehörigen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen. Es gibt keinen Unterschied zwischen der Gruppierung im Dienst und außer Dienst. Unterchieden wird nur zwischen dem Grupp des einzelnen Mannes und dem Grupp (Ehrenbezeugung) geschlossener Abteilungen auf Kommando. Wird ein Mann von einem Vorgesetzten angesprochen, so hat er die Hand an die Kopf-bedeckung zu legen. Nur wenn er in Reich und Glied einer auf Kommando stützenden geschlossenen Abteilung sich befindet, hat er stillzusehen bzw. zu Werde die ent-sprechende Haltung anzunehmen. Offiziere, die mit der Erlaubnis zum Tragen einer bestimmten Uniform verab-schiedet sind, haben das Recht, diese unverändert zu tragen.

* Eigenartiger Wahlbündnis. Für die bevorstehenden Provinzialparlamentswahlen im Kreise Gattlingen a. d. Ruhr sind die Sozialdemokraten ein Wahlbündnis mit der Deutschen Volkspartei und den Deutsch-Nationalen eingegangen, das die Ausschaltung des Zentrums zum Ziele hat. Nach dem Wahlbündnis erhalten die Sozialdemo-kraten 2, die Deutsche Volkspartei einen Vertreter im Landtag.

* Drohende Spartakusputsche im Westen. In den Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks treffen die Behörden Maßnahmen, um in diesem Winter sparta-kistische Putschversuche zu verhindern. Das General-kommando in Münster hat erklärt, daß an eine Aufhebung des Belagerungszustandes in den Großstädten dieses Be-zirks nicht gedacht werden könne. Es wird vielmehr zur Bildung von Einwohner- und Volkswachen aufgerufen. Der Düsseldorf Militärbefehlshaber fordert alle waffen-fähigen Männer auf, sich unverzüglich als Zeitfreiwillige bei den Reierkorps zu melden, da feststehe, daß Spartakus noch in diesem Herbst versuchen werde, die Macht an sich zu reißen.

Frankreich.

* Clemenceau oder Briand? Über Clemenceaus Haupt-ziehen sich Wetterwolken zusammen. Man will in der Kammer durch allehand knifflige Interpellationen sein Kabinett noch im letzten Augenblick daran hindern, während der bevorstehenden Parlamentswahlen am Ruder zu bleiben. Die Opposition ist nicht so schwach, daß ihre Sache ganz aussichtslos wäre. Diesmal will Briand den Kampf selbst führen, und die Frage ist für jedermann klar: Clemenceau oder Briand! Der Gegensatz zwischen diesen beiden Männern, die zwei politische Richtungen vertreten, spitzt sich zu, und der Entscheidungskampf ist unumgänglich. Briand, der Opportunist, hat in der letzten Zeit eine auffallende Schwächung nach links vollzogen und sucht wieder Anschluss bei den Sozialisten, von denen er einst ausgegangen ist. Clemenceau dagegen palliert ziemlich ungeniert mit der Rechten.

Großbritannien.

* Die Gärung in Irland hält an. So wurden 17 Soldaten des Shropshire-Regiments, die sich in Fermoy in Irland auf dem Wege zur Kirche befanden, bei der Kirche von zwölf Männern, die aus Kraftwagen

springen, überfallen und unter Revolverfeuer genommen. Ein Soldat wurde sofort getötet und drei andere ver-wundet, einer davon lebensgefährlich. Die übrigen Soldaten wurden durch Knüppelschläge schwer verletzt. Die Angreifer nahmen die meisten Gewehre der Soldaten, die keine Munition bei sich hatten, mit und verschwanden in ihren Kraftwagen.

Rußland.

* Massenermordung ehemaliger Minister. Wie die russischen Blätter berichten, sind im August die leitenden Männer des alten Regimes in Rußland massenweise hin-gerichtet worden. Vierundfünfzig Gefangene, unter denen sich die früheren Minister Schjeglowitsch, Komfow, Makalaw, Protopopow und Belesky befanden, wurden von Kronstadt nach dem Moskauer Kreml gebracht und handrechtlich erschossen, mit Ausnahme Beleskys, der vor der Exekution ohnmächtig wurde. Einige Tage darauf starb Belesky an Strichnivergiftung. Eine andere Gruppe von Würdenträgern aus der Barenzeit wurde in Kronstadt erschossen, die Leichen wurden ins Meer ge-worfen. In einer Nacht wurden von 2800 Personen, die zum Tode verurteilt worden waren, alle bis auf 41 hin-gerichtet. Der frühere Ministerpräsident Trepow kam mit dem Leben davon, weil die Matrosen ihn mit seinem Bruder verwechselt hatten, der an seiner Stelle erschossen wurde.

Bunte Tages-Chronik.

Breslau. Infolge Blitschlages ist in Schönwaldau die evangelische Kirche abgebrannt. Sie war eine der wenigen noch vorhandenen Holzschindeln-Schleiers und barg einige wertvolle Holzschindeln.

Görlitz. Auf der Chaussee Görlitz-Leopoldsdain ist der Beisitzer Emil Richter aus Görlitz, der sich auf die Bil-lade begeben wollte, einem Raubmord zum Opfer gefallen.

Breslau. Bei Rosenau (Eltz) fand ein junger Mann eine Mine, die er an sich nahm. Das Geschöß explodierte und tötete ihn sowie vier bei ihm befindliche Kinder im Alter von zehn bis vierzehn Jahren.

Neuwied. Bei dem Explosionsunglück sind drei Frauen getötet und 18 Personen schwer verletzt worden.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Steuerleid statt Notenmuntausch. Der Reichsminister Erzberger hat sein Projekt des Notenmuntausches nur unter der Voraussetzung fallen lassen, daß die Sachverständigen-kommission andere, gangbare Wege finde, um von Steuer-lägern verdeckte oder verdeckte Kapitalen zu erfassen. Das dazu zu bewerkstelligende Verfahren denkt man sich folgendermaßen: Die Steuerveranlagungskommission er-hält das Recht, gegenüber den Steuerpflichtigen das Steuerleidverfahren einzuleiten, wenn sich Zweifel an der Wahrheit oder Lückenlosigkeit der von ihnen eingereichten Angaben ergeben. Der Steuerpflichtige hätte dann durch einen festzusetzenden Eidswah die Richtigkeit und Voll-ständigkeit seiner Angaben zu beschwören. Vor Erstattung des Eides hat er das Recht, die bisherigen Angaben zu korrigieren. Verletzt er den Eidswah, so wird er mit Freiheitsstrafen und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte belegt.

* Ausfuhr von 158 Millionen Goldmark. Freiherr v. Leszner hat die alliierten und assoziierten Regierungen erucht, die Ausfuhr von 158 Millionen Goldmark aus Deutschland zu gestatten, die zur Bezahlung der an Deutsch-land gelieferten Lebensmittel bestimmt sind.

* Eine Kohlenzwangsnote der Entente. Der Pariser Oberste Rat soll beschließen haben, falls Deutschland die vorgeschriebene Menge Kohlen (20 Millionen Tonnen jährlich) bis zum 31. Dezember 1919 nicht vertragsmäßig abliefern, ihm am 1. Januar 1920 eine Note zu über-reichen, in der mitgeteilt wird, daß die Lebensmittel-zufuhr für Deutschland aus neue gesperrt wird, und zwar soll die Verfügung am Tage der Zustellung in Kraft treten. Ferner wird in der Note verlangt werden, daß die neunstündige Arbeitszeit für die Bergarbeiter in Deutschland sofort einzuführen ist, endlich behalten sich die Alliierten vor, die deutschen Kohlengebiete zu besetzen.

* Bevorstehende Aufhebung von Einfuhrverboten. Kürzlich wurde die Nachricht verbreitet, die Kaffee-Einfuhr-gesellschaft habe die Einfuhr von Kaffee verboten. Ein Kaffee-Einfuhrverbot braucht gar nicht erst zu erfolgen, denn es besteht ja bereits generell. Von ihm ausgenommen sind nur besonders günstige Einfuhr-Geschäfte mit Ge-nehmigung der Kaffee-Einfuhrgesellschaft. Auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers Schmidt wird das Einfuhr-verbot demnächst aufgehoben werden. Bei dieser Gelegen-heit kann mitgeteilt werden, daß in den allernächsten Tagen eine Bekanntgabe des Ministers erfolgt, die Einfuhr und Bewirtschaftung von Reis und Hülsenfrüchten regeln und dabei weitgehende Freiheiten gewähren wird.

* Schuhwarenpreise. Die Neue Berliner Zeitung meldet: Es müssen noch recht beträchtliche Mengen fertiger Schuhwaren vorhanden sein, da bei den größeren Detail-geschäften größere Lieferungen von Stiefeln noch im Laufe des Monats erwartet werden, die doch unmöglich erst an-gesertigt, sondern nur Lagerbestände sein können. Englisch-amerikanische Stiefel sind ferner schon in beträchtlichen Mengen eingeführt. Freilich zu einem anderen Preis, wie hier von den Schuhwarenhändlern angegeben, die 200 Mark für ein Paar Herrenstiefel und 300 Mark für ein Paar Damenstiefel verlangen. Eine im besten Ab-sichtigen Schuhfabrikfirma versendet Herrenstiefel nur russischen englischen Fabrikats für 77 bis 89 Mark und noch schärfere Damenstiefel für 120 Mark, trotz der niedrigen Saluta.

* Gefährdung der städtischen Milchversorgung. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Reichs-ernährungsminister nachstehende Drahtung gerichtet: „Der Milchversorgung der Städte droht im kommenden Winter der Zusammenbruch, wenn die Stadtverwaltungen sie nicht durch Futtermittellieferungen sicherstellen können. Des-halb bitten wir, die gesamte der Reichsgetreidestelle zur Verfügung stehende Kleie den Städten zum Abschluß von Milchlieferungsverträgen zu überlassen. Dieses einzige Mittel, die Milchversorgung der Kinder und Kranken zu sichern, darf nicht ungenutzt bleiben. In der jetzigen Not-lage muß die Kleie dahin geleitet werden, wo sie am dringendsten gebraucht wird.“

* Deutsch-schwedisches Fernsprechkabel. Mit der Legung eines Telephontabels zum direkten Verkehr zwischen Deutschland und Schweden wird jetzt begonnen werden. Von schwedischer Seite aus wird das Kabel von der Kampongobucht zwischen Kallsterbo und Trelleborg seinen Ausgang nehmen. Die Kabellegung wird von Deutsch-land geleitet. Der Verkehr kann vielleicht schon Ende dieses Monats aufgenommen werden.